



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

p.: Berliner Briefe.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Berliner Briefe.

3. Noobr.

Die Wahlen klopfen an die Thür. Binnen vierzehn Tagen sollen die Wahlmänner, am 6. Decbr. die Abgeordneten gewählt werden. Im ganzen Lande ist man jetzt eifrig damit beschäftigt, sich für den wichtigen Act zu rüsten; die Parteien gruppiren sich; die Vorkämpfer entfalten ihre Fahnen, sammeln ihre Schaaren und suchen auch die verstreuten Glieder der Partei wieder an sich heranzuziehen, um mit voller Stärke den Kampfplatz zu betreten. Die Bedeutung der Fragen, um deren Entscheidung es sich handelt, ist Niemandem verborgen. Wo, wie in England, durch jahrhundertelange Uebung die parlamentarischen Institutionen das gesammte Leben durchdrungen haben, da kann man die Bedeutung einer neuen allgemeinen Wahl so bezeichnen, daß durch sie die allgemeine politische Richtung des Landes während der nächsten Wahlperiode im Wesentlichen bestimmt wird. Anders ist es bei uns, hier greift die Bedeutung der Wahlen viel weiter. Wir haben erst eine kurze Strecke auf der Bahn des Verfassungslebens zurückgelegt; wir bewegen uns noch mit unsicheren Schritten auf diesem Boden; die Institutionen, welche zum Ausbau und zur Sicherung der Verfassung erforderlich sind, sind theils noch unfertig und theils fehlen sie ganz; eine thätige und einflussreiche Partei setzt alle Mittel in Bewegung, um die Verfassung wie früher zu einer Lüge zu machen. Der Ausfall der Wahlen wird also von entscheidender Bedeutung sein — nicht zwar für den Bestand der Verfassung, aber es wird doch von ihnen abhängen, ob wir in der wenn auch langsamen doch stetigen Entwicklung, in der wir uns befinden, fortschreiten werden, oder ob ein Rückschlag eintreten soll, dessen Stärke und Dauer im Voraus gar nicht zu ermessen ist. In der nächsten Legislaturperiode werden viel entscheidendere Fragen zum Austrag kommen, als in der jetzt abgelauenen. Um so mehr brauchen wir Volksvertreter von gereiften Ansichten und festem Charakter; Schwächlinge von halbem Urtheil und halbem Willen können nichts nützen und werden vielmehr gefährlich sein, weil sie den Krisen, die uns bevorstehen, nicht gewachsen sein können.

Wie ganz verschieden von der heutigen war die Physiognomie, welche vor drei Jahren das Land den Wahlen gegenüber zeigte? Damals war das neue Ministerium, welches der Prinz-Regent bei der Uebnahme der Regierung berufen hatte, so eben an die Spitze der Geschäfte getreten. Das Land, nach einer zehnjährigen Mißregierung aus dem Schlamme der Lüge und der Corruption erlöst, athmete wieder frei auf in der gesunden Luft einer redlichen, auf dem Boden der Verfassung stehenden Verwaltung. Alle dem Feudalismus abgeneigten Schichten der bürgerlichen Gesellschaft waren von unbedingter Hingebung an das Ministerium erfüllt. War doch dieses aus den Führern derjenigen Partei gebildet, welche mit Einsicht, Ausdauer und Zähigkeit das theure Pfand der Verfassung durch die zehnjährige Reactionsperiode

hindurch gerettet hatte. Auch die demokratische Partei, welche seit der Detroyirung der Verfassung sich schmollend vom politischen Leben zurückgezogen hatte, kehrte jetzt bei der in Aussicht stehenden Freiheit der Wahlen auf den politischen Kampfplatz zurück. Aber auch sie schloß sich der ministeriellen Partei an. Die Demokratie verzichtete darauf, eigene Candidaten aufzustellen. Abgesehen von der Reaction bildete das ganze Land eine große Partei, welche die Unterstützung der Regierung sich zur Aufgabe stellte. Die Reaction aber befand sich in einem Zustande, wie wenn Jemand eben einen starken Schlag auf den Kopf bekommen hat. Sie war verblüfft; sie kam desorganisiert zu den Wahlen und erlitt die empfindlichste Niederlage. Im vorigen Abgeordnetenhaus war die ministerielle Partei so stark, daß, wenn auch alle anderen Fractionen, die verschiedenen Schattirungen der Feudalen, die Katholiken, die Polen sich verbanden, sie doch nicht im Stande waren, den Liberalen den Sieg streitig zu machen. Und diese Majorität war ohne große Anstrengung erreicht; sie war der natürliche Ausdruck der durchgängigen Stimmung des Landes.

Ganz anders liegt die Sache jetzt. Nicht als ob das Ministerium in der Meinung des Landes gesunken wäre, oder als ob man jetzt gleichgültig die Männer scheiden sehen würde, deren Eintritt in's Amt vor drei Jahren mit so lautem und einmütigem Jubel begrüßt wurde. Aber die Glitterwochen dieses Ministeriums sind doch seit lange vorüber. Auch mit den eigenen Anhängern hat es nicht an allerlei Reibungen und kleinen Zerwürfissen gefehlt, welche den Zusammenhang zwar nicht zerstört, aber doch etwas gelockert haben. Die Feudalen haben sich inzwischen aus ihrer Betäubung erholt und rücken neu gerüstet, mit frischen Bundesgenossen verstärkt auf den Kampfplatz. Die liberale Partei dagegen tritt nicht mehr ganz mit der früheren Einigkeit auf; sie hat sich in zwei Nüancen, eine mehr gemäßigte und eine mehr fortgeschrittene, gespalten, welche aber hoffentlich doch am Tage der Entscheidung vereinigt kämpfen werden. Wenigstens werden sie einsehen müssen, daß die beiden Schattirungen der liberalen Partei sich einander näher stehen als eine von ihnen den Feudalen, und daß es ein Frevel am liberalen Princip sein würde, wenn durch die Uneinigkeit der etwas mehr oder etwas weniger Fortgeschrittenen es den Feudalen auch nur an einer einzigen Stelle gelingen sollte, den Sieg zu erringen. Es gab Zeiten, in denen die Lutheraner und Calvinisten sich mit solcher Hefigkeit bekämpften, daß sie darüber ihren gemeinsamen, weit gefährlicheren Feind vergaßen; der Katholicismus schürte den Kampf und strich den Kampfpreis ein. Die Altconstitutionellen und die deutsche Fortschrittspartei werden hoffentlich in diesen Fehler nicht verfallen; aus dem Behagen, mit welchem die Kreuzzeitung jeden kleinen Zwiespalt der beiden verwandten Fractionen registriert, könnten diese wenigstens lernen, wenn sie durch ihre Uneinigkeit nützen.

Bevor wir die Vorbereitungen, welche die verschiedenen Parteien für die Wahlen gemacht, die Allianzen, welche sie geschlossen haben, schildern, müssen wir mit wenigen Worten anerkennend die Schritte erwähnen, welche der Minister des Innern gethan hat, um die Freiheit der Wahlen zu sichern, um sie vor ungesetlichen oder unberechtigten Grenzboten IV. 1861.

tigten Einflüssen zu schützen. Durch ein anderes Wahlreglement hat er das frühere Reglement vom 30. Mai 1849 beseitigt, welches in der Bildung der Urwahlbezirke und in der Art, wie die Reihenfolge der Abstimmung festgestellt wurde, der willkürlichen Einwirkung der Verwaltungsbeamten einen ziemlich weiten Spielraum ließ. Außerdem hat er durch ein Rundschreiben an sämtliche Regierungen den betreffenden Beamten eingeschärft, daß es die Aufgabe der Wahlen ist, der Ueberzeugung des Landes voll und unbehindert Ausdruck zu verleihen, und daß daher jede Art von Nöthigung, welche einen Einfluß auf die Wahlen auszuüben beabsichtigt, unbedingt zu verwerfen ist. Niemand zweifelte an der aufrichtigen Verfassungstreue des Grafen Schwerin. Ihm ist es gewiß vollkommener Ernst mit der Sicherung der Unabhängigkeit der Wahlen. Auch wird seine Vorschrift gewiß mit der vollkommensten Gewissenhaftigkeit in dem Sinne befolgt werden, daß keinerlei amtlicher Einfluß zu Gunsten des Ministeriums geltend gemacht wird. Desto unbefangener wird aber an manchen Orten von amtlicher Stelle aus gegen das Ministerium agitirt. Graf Schwerin hat die Schwäche, daß er vorzugsweise seine Feinde, seine politischen Gegner schont, weil er nichts so sehr scheut, als auch nur den Schein auf sich zu laden, als ob er irgend Jemanden wegen seiner politischen Gesinnung verfolge. Dies wissen die feudalen Beamten recht gut, und darauf hin stellen sie seine Geduld auf die Probe. Es versteht sich, daß ein Beamter das Recht einer politischen Ueberzeugung hat und daß er sie bei den Wahlen, wie jeder andere Wähler, geltend machen kann. Niemand wird etwas dagegen haben, daß ein Beamter, wenn seine Ueberzeugung ihn dazu treibt, gegen das Ministerium stimmt, oder daß er in einer Wahlversammlung, an der er als Urwähler, nicht als Beamter, Theil nimmt, gegen das Ministerium spricht. Allein die Grenze ist hier sehr scharf. Die Beamten mögen Opposition treiben, so lange sie nicht zum Zwecke derselben ihre amtliche Autorität mißbrauchen. Wenn aber die Kreisblätter, die amtlichen Organe der Regierungen, mit reactionären Wahlaufrufen und mit dem Gift der Kreuzzeitung gefüllt werden, wenn Landräthe die Programme der Coalition Blankenburg-Panse unter ihrem amtlichen Siegel colportiren, wenn die mit dem Junkerthum verbündeten Pfaffen die Kanzel mißbrauchen, um gegen das Ministerium zu wühlen; dann sollte doch Graf Schwerin zeigen, daß auch seine Geduld einmal zu Ende geht. Man sagt den Pommern häufig nach, daß sie grob seien und derb dreinschlagen. Vom Grafen Schwerin hoffen seine Freunde, daß er endlich diese Seite der pommer'schen Natur mehr herauskehren möge.

Den Kern der Opposition gegen die bestehende Regierung bildet natürlich die feudale Partei. Sie selbst nennt sich gern die conservative Partei; man kann den Namen nicht schöner mißbrauchen. Conserviren heißt erhalten; diese Partei aber will nur zerstören; sie sollte die destructive Partei heißen. Der Wahlaufruf, mit welchem die damals noch durch keine Coalitionen abgeschwächte Junkerpartei schon zu Anfang August auf der Arena erschien, ist zugleich eine erheiternde und belehrende Lectüre. Was die grimmigsten Kämpen der Herrenhaus-Mehrheit des Breiteren von sich zu geben lieben, die ganze Weisheit der Herrn Waldow-Stein-

büffel und Senfft-Pilsach ist hier in Schlagwörtern zusammengedrängt; scharfe Grundsätze, fanatische Antithesen werden massenhaft im engsten Raum zusammengehäuft. Jede in neuerer Zeit zur Sprache gekommene Frage von der Aufhebung der Wuchergesetze bis zur Herstellung der deutschen Einheit, von der Civilehe bis zum italienischen „Kronenraub“ wird kurz berührt und ebenso kurz und apodiktisch erledigt. Auf die sogenannten Bedürfnisse des fortschreitenden Lebens nimmt ein richtiger Feudaler gar keine Rücksicht. Er verneint sie alle, sobald der geringste Widerspruch mit den feudalen Grundsätzen an ihnen zu erkennen ist.

Allein ein Feudaler kann nicht mit dem Kopf durch die Wand rennen. Herr von Westphalen ist nicht mehr Minister; die Einschüchterung ist ein Mittel, das nicht mehr verschlägt; natürliche Anhänger hat die Partei wenige. Wolte sie nicht wieder, wie vor drei Jahren, gänzlich aus dem Felde geschlagen werden, so mußte sie sich nach Bundesgenossen umsehen. Die Junker suchten also umher, wo sich sonst noch verrottete, dem Untergang geweihte Elemente im preussischen Staate befänden; und siehe da, es fanden sich die zünftigen Handwerker. Diese waren um so willkommener, weil auch sie Privilegien zu vertheidigen haben, die mit dem Geist der Zeit in Widerspruch stehen. Die Mehrzahl der Zunftmeister ist von einer thörichten Furcht vor der Gewerbefreiheit erfüllt; an diesen Punkt denken nun die Feudalen das Narrenseil anzuknüpfen, an welchem sie die Zunftmeister herumführen wollen. Schon im vorigen Jahre ward diese Allianz eingeleitet, als die Zünftler hier eine Versammlung, den sogenannten preussischen Handwerkertag hielten. Damals nahm sich das preussische Volksblatt, dieser unreinliche Ableger der Kreuzzeitung, mit großer Wärme der Zunftprivilegien an; in Folge davon ward es von den Zunftmeistern gewissermaßen als ihr Organ anerkannt; und das Volksblatt, während es die Zünfte vertheidigte, suchte zugleich den ehrlichen Handwerkern etwas Gift reactionärer Denkart einzuslößen. Bei den Wahlen soll diese Verbrüderung der Junker und der Zunftmeister ihre Früchte tragen. Am 20. September ward hier jene merkwürdige und vielbesprochene Versammlung gehalten, welche der Vicepräsident des Herrenhauses, Graf Eberhard von Stolberg-Bernigerode, „im Namen des dreieinigigen Gottes“ eröffnete. Die widerrätige Koketterie, die hier mit dem Christenthum getrieben wird, ist eben so groß, wie der plumpe Humbug, mit welchem die Junker die Thorheit der Handwerker auszubeuten suchen. Graf Stolberg geht Hand in Hand mit dem Schuhmacher Panse, und der Schlächtermeister Schöne fordert Arm in Arm mit Herrn v. Kleist-Nezow den Liberalismus in die Schranken. Welchen Erfolg diese Verbrüderung haben wird, muß sich nun bald zeigen. Vorläufig hat der eigentliche Prophet dieser neuen Secte, der Schuhmacher Panse, entschieden Unglück. Die Kreuzzeitung hat ihn auf den Schild gehoben, und die Junker schicken ihn im ganzen Lande umher, um als Reiseapostel für die feudale Partei bei den Handwerkern Propaganda zu machen. Aber zum Unglück hat sich in diesen Tagen herausgestellt, daß er selbst gar kein richtiger „geprüfter Meister“ ist. Freilich paßt er da am besten zu Herrn von Kleist-Nezow, welcher die entente cordiale mit den Handwerkern so weit getrieben hat, daß er sich unter die

Schuster hat aufnehmen lassen, obwohl er doch niemals in die Lehre gegangen ist und eine Schusterprüfung schwerlich bestehen würde. Somit verleugnen die beiden Hauptvertreter der Allianz, Kleist-Negow und Panse, ihr eigenes Princip. Wir aber können den Junker Panse und den Schuster Kleist-Negow dem Kladderadatsch überlassen.

Das dritte Glied im Bunde bilden die Ultramontanen. Auch mit diesen ward die Coalition schon im vorigen Jahre eingeleitet. Im September v. J. fand in Erfurt eine merkwürdige Versammlung statt, an welcher von katholischer Seite Graf Cajus Stolberg und der aus dem Droste-Bischering'schen Streit bekannte Pfarrer Michelis, von protestantischer Seite Herr Leo aus Halle und Herr Bindewald, der früher unter Kaumer vortragender Rath im preussischen Cultusministerium war, Theil nahmen. Hier sollte eine Verständigung über die Punkte, welche die reactionären Kreise unter den Protestanten mit dem Katholicismus verbinden, angebahnt werden. Man hatte sich auch bereits bis zu einer gewissen Formel geeinigt, und beabsichtigte das Werk auf einer zweiten Versammlung weiter zu führen. Aber dies unterblieb, weil man inzwischen auf katholischer Seite zu unvorsichtig die letzten Zwecke enthüllte, welche man bei diesem Bündniß im Auge hatte. Das amtliche Organ der päpstlichen Regierung, das *Giornale di Roma*, sprach geradezu davon, daß sich in Erfurt ein massenhafter Uebertritt von conservativen Protestanten zur katholischen Kirche vorbereitet habe. Herr Leo, welcher dabei besonders rühmend hervorgehoben wurde, wußte sich nicht anders zu helfen, als daß er die Erfurter Versammlung geradezu desavouirte; er erklärte, daß er nur aus Neugierde dahin gegangen, nur um einmal zu sehen, „was es denn dort für einen Salat geben würde.“ Trotz dieses mißglückten Versuchs aber scheinen die Fäden nie ganz abgerissen zu sein. Die Herren Reichensperger und Genossen sind von der Kreuzzeitung immer sehr zart angefaßt; sie sympathisirt mit Döllinger und vertheidigt das *dominium temporale* des Papstes. Beim Beginn der Vorbereitungen zu den Wahlen ward es dann ganz offen ausgesprochen, daß die Feudalen und Katholiken oder richtiger Ultramontanen sich gegenseitig unterstützen würden. Freilich muß die Kreuzzeitung bei der Besprechung dieses Bündnisses sehr vorsichtig sein, wenn sie nicht auf protestantischem Boden mehr Kräfte verlieren will, als die Katholiken ihr zuführen können; zumal da diese häufig durch Andeutungen von Proselytenmacherei und Bekehrungsversuchen sehr unbequem werden.

Endlich ist noch ein vierter Bundesgenosse zu nennen — die Polen. Daß der Versuch einer Allianz mit diesen an's Licht gekommen ist, ist für die feudale Partei ein harter Schlag. In der Provinz Posen gruppiren sich die Wähler nach anderen Rücksichten, als in allen übrigen Theilen der Monarchie. Ueberall sonst sondern sie sich nach politischen Parteigegensätzen; in Posen sondern sie sich nach Nationalitäten. Wir mögen dies beklagen, aber können es nicht ändern. Die polnische Fraktion des Abgeordnetenhauses hat sich bisher stets als außerhalb des preussischen Staates stehend betrachtet, sie hat nicht verhehlt, daß ihr Streben dahin gerichtet

ist, Posen vom preussischen Staate loszureißen und einem polnischen Reiche, dessen Wiedererrichtung gehofft wird, einzuverleiben; sie hofft dabei auf die Mitwirkung auswärtiger Mächte, denen als Garanten der von den Polen in Anspruch genommenen nationalen Selbstständigkeit ein Recht dazu zustehen soll. Nach solchen Vorgängen kann die deutsche Bevölkerung in Posen keinen Polen wählen. Jeder gute Preuze wird in Posen sein Parteiinteresse unter das Interesse des Staats stellen. Deshalb hat die deutsche Bevölkerung in Posen sich dahin geeinigt, daß man lieber seinem extremsten politischen Gegner, wenn es nur ein Deutscher ist, seine Stimme geben, als durch Uneinigkeit dazu beitragen wolle, daß ein Pole gewählt werde. Nur die Feudalen und Zünftler sind so verrannt in ihren Vorurtheilen, daß sie, weil die Polen während der letzten Session gegen die Gewerbefreiheit gestimmt haben, sich bemühen, die deutschen Handwerker in der Provinz Posen in's polnische Lager zu treiben. Namentlich die Abgeordneten von Bentkowski und von Morawski werden in Rundschreiben der „Handwerker-Central-Wahlcomité's“ als solche bezeichnet, die „für das Recht und die Interessen des Handwerkerstandes gestimmt haben.“ Von der sittlichen Verwahrlosung, die sich in dieser Thatsache offenbart, hat die Kreuzzeitung doch noch eine Ahnung; sie beweist dies dadurch, daß sie eine Fluth der pöbelhaftesten Schimpfwörter über ihre Gegner ausgießt, die das Factum an's Licht gebracht haben.

Gegen diese Coalition Stolberg-Panse-Reichensperger-Bentkowski hat sich die liberale Bevölkerung des Landes zu rüsten. Von ihren Gegnern können die Liberalen wenigstens Eines lernen, nämlich, daß man um großer Zwecke willen kleine Unterschiede vergessen muß. Doch davon ein andermal.

Literatur.

Reisen im Orient von H. Petermann. Zweiter Band. Nebst einer Karte, entworfen von H. Kiepert. Leipzig, Verlag von Veit u. Comp. 1861.

Die Reisen Petermann's haben ihren Werth vorzüglich in den sehr ausführlichen und gründlichen Schilderungen des socialen Lebens in den von dem Verfasser durchwanderten Gegenden und namentlich in den Mittheilungen, die er über die dortigen Kirchen und Secten gibt. Während der von uns bereits angezeigte erste Band besonders Interessantes über Damaskus und den Libanon, sowie über die Drusen